



## Informationen Ihres Europaabgeordneten

**Dr. Christian Ehler, CDU/EVP**

## Liebe Brandenburgerinnen, liebe Brandenburger,

Die Brüsseler EU-Institutionen sind mit viel Tatkraft ins neue Jahr gestartet. Um Sie über aktuelle Weichenstellungen und Geschehnisse in der europäischen Hauptstadt auf dem Laufenden zu halten, übersende ich Ihnen meine Europamail.

In dieser Ausgabe möchte ich Sie zu den wichtigsten europapolitischen Themen der Monate Januar und Februar informieren:

1. **Energiegipfel des Europäischen Rates in Brüssel**
2. **Radikale Vereinfachung der Forschungs- und Innovationsförderung ab 2014**
3. **Europaparlament begrüßt neue Richtlinie zur EU-weiten Patientenmobilität**
4. **Mehr Effizienz im europäischen Vergaberecht**
5. **„One Charger for All“ – Künftig braucht jeder Haushalt nur noch ein Handy-Ladegerät**

Ich hoffe, dass wir auch weiterhin unseren Dialog über die Europapolitik fortsetzen können!  
Mit den besten Grüßen,

Ihr

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 12 E 205

B-1047 Bruxelles  
Tel.: +32 228 45325  
Fax: +32 228 49325

E-mail: [christian.ehler@europarl.europa.eu](mailto:christian.ehler@europarl.europa.eu)

Europäisches Parlament  
Allée du Printemps  
Bât Louise Weiss T 10007

F-67070 Strasbourg  
Tel.: +33 3881 75325  
Fax: +33 3881 79325

Europabüro/CDU Brandenburg  
Gregor Mendel Strasse 3

D-14469 Potsdam  
Tel.: +49 331 200 85 720  
Fax: +49 331 200 85 719

E-mail: [info@christian-ehler.de](mailto:info@christian-ehler.de)

## 1. Energiegipfel des Europäischen Rates in Brüssel

Die EU-Mitgliedsstaaten sollen ihre nationalen Energiefördersysteme ausbauen und effizienter gestalten. Das beschloss der Europäische Rat auf seinem Energiegipfel am 4. Februar 2011 in Brüssel. Die europäischen Staats- und Regierungschefs forderten die Netzbetreiber dazu auf, einen Zehnjahresplan zum Ausbau der Infrastruktur für Strom und Gas vorzulegen. Vor allem soll durch die Entwicklung des Überseeleitungssystems die infrastrukturelle Anbindung zu den Hochseewindparks gesichert werden. Von staatlicher Seite will man insbesondere das Genehmigungsverfahren für den Ausbau der Infrastruktur verkürzen.



Ein weiterer wichtiger Punkt auf der Tagesordnung des Gipfels war das Thema Energieeffizienz. Da die "Europa-2020"-Strategie im Energiebereich eine EU-weite Steigerung der Energieeffizienz um 20% vorsieht, soll insbesondere durch Gebäudesanierungen, Maßnahmen auf dem Transportsektor und sparsamere Produktionsverfahren der Energieverbrauch kräftig gedrosselt werden. Hier bestehe ein erhebliches Einsparungspotenzial, so Günter Oettinger, der deutsche Kommissar für Energie.

Die Bundesregierung von Angela Merkel hält auf dem Gebiet der Energieeffizienz an ihrer Vorreiterrolle fest. Thomas Bareiß, Koordinator für Energiepolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, erklärte zu den ehrgeizigen Plänen der Europäischen Kommission: „Diese Strategie sollte weiter vorangetrieben werden, um zukünftige energiepolitische Herausforderungen zu meistern. Vor allem der Netzausbau sowie die Öffnung der Märkte sind entscheidend für einen effizienten Umbau der Stromversorgung. Ohne Netzausbau gibt es kein regeneratives Zeitalter.“ Die deutsche Bundesregierung habe mit ihrem Energiekonzept, das eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung garantiert, den Weg in das regenerative Zeitalter aufgezeigt, so Bareiß weiter. Auf dem Gipfel der Energieminister am 28. Februar 2011 wird die deutsche Regierung ihre Standpunkte und Vorschläge vortragen. Für Juni dieses Jahres wird der EU-Aktionsplan zur Energieeffizienz erwartet.

## 2. Radikale Vereinfachung der Forschungs- und Innovationsförderung ab 2014

Die Europäische Kommission plant für die Haushaltsperiode von 2014 bis 2020 einen radikalen Umbau des europäischen Fördersystems im Bereich Forschung und Innovation. Statt wie bisher mehrere unterschiedliche Rahmenprogramme mit einer Vielzahl verschiedener Initiativen und Förderinstrumente zu unterhalten, soll dann ein einziges integriertes Rahmenprogramm dafür sorgen, dass richtungsweisende Innovation und exzellente Spitzenforschung auch in Zukunft die Grundlage für Europas globale Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiges Wirtschaftswachstum legen.

In dem vergangene Woche vorgelegten Grünbuch schlägt die Kommission vor, das derzeit bestehende Forschungsrahmenprogramm, das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation sowie das Europäische Innovations- und Technologieinstitut, die zusammen über ein Budget von knapp 55 Mrd. EUR verfügen, zu einem "Gemeinsamen Strategierahmen" zusammenzufassen. Auf diese Weise wäre entlang

der gesamten "Innovationskette", d.h. von der Grundlagenforschung bis hin zur Markteinführung innovativer Produkte und Dienstleistungen, für kohärente Finanzierungsinstrumente gesorgt. Dabei will man auch die Koordinierung zwischen regionalen, nationalen und europäischen Fördermaßnahmen verbessern sowie stärkere Synergien zwischen der Forschungs- und Innovationsförderung und der Kohäsionspolitik schaffen. "Die Änderungen zielen darauf, aus jedem Euro, den die EU in Forschung und Innovation investiert, maximalen Nutzen zu ziehen", so Forschungskommissarin Máire Geoghegan-Quinn.

Das Grünbuch der Kommission bietet ferner die Grundlage für eine weitreichende Vereinfachung von Verfahren und Bestimmungen. Schon im Januar haben Rat und Europäisches Parlament einige wichtige Vereinfachungsmaßnahmen für das derzeit laufende Siebte Forschungsrahmenprogramm beschlossen, die vor allem die Personalkostenabrechnung für kleinere und mittlere Unternehmen erleichtern. Innerhalb eines gemeinsamen Förderrahmens könnten ab 2014 jedoch noch radikalere Vereinfachungen vorgenommen werden. Geplant ist etwa



ein One-Stop-Shop im Internet, bei dem Antragsteller Informationen einholen und sich nach vereinfachten Verfahren um jede Art von Förderung bewerben können. Sie sollen sich zudem für mehrere Projekte bewerben können, ohne jedes Mal die gleichen Angaben vorlegen zu müssen. Ebenso will die Kommission den Nachweis über die Verwendung der erhaltenen Mittel einfacher und einheitlicher gestalten, was einen stärkeren Rückgriff auf Pauschalzahlungen zur Folge haben könnte.

Interessierte Vertreter der Öffentlichkeit und alle Beteiligten sind eingeladen, Diskussionsbeiträge einzureichen. Einsendeschluss ist der 20. Mai 2011. Am 10. Juni organisiert die Kommission eine große Abschlusskonferenz. Der konkrete Gesetzesvorschlag für die Finanzierung von Forschungs- und Innovationstätigkeiten aus dem EU-Haushalt in der Zeit nach 2013 wird für Ende 2011 erwartet.

[Anhörung zum Grünbuch](#)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **3. Europaparlament begrüßt neue Richtlinie zur EU-weiten Patientenmobilität**

Am 19. Januar 2011 hat das Europäische Parlament die neue EU-Richtlinie über Patientenrechte bei der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung angenommen. Dadurch erhalten Bürger der Europäischen Union das Recht, EU-weit Gesundheitsleistungen in Anspruch zu nehmen und sich diese im Inland erstatten zu lassen. Auch Kassenpatienten können nun frei wählen, wo sie welche Versorgung erhalten wollen. Zwar ist der grenzüberschreitende "Gesundheitstourismus" bereits seit Jahren Realität, war jedoch bisher nicht rechtlich geregelt. Der Europäische Gerichtshof hatte dies mehrfach bemängelt und darauf hingewiesen, dass im Rahmen der europäischen Dienstleistungsfreiheit und der Bürgerunion auch die Patientenmobilität zu berücksichtigen sei. Die verabschiedete Gesundheitsrichtlinie schafft nun gesetzliche Klarheit.

Die Richtlinie vereinheitlicht die verschiedenen vom Europäischen Gerichtshof festgelegten Standards und schafft damit ein klares und objektives Referenzsystem. Die Krankenkassen müssen die Kosten eines Patienten, der im EU-Ausland eine Gesundheitsdienstleistung in Anspruch genommen hat, ersetzen, wobei sich dessen Erstattungsanspruch an den vergleichbaren Behandlungskosten im Inland bemisst. Es wird zentrale Anlaufstellen in jedem Mitgliedstaat geben, in denen sich



Patienten über ihre Rückerstattungsrechte im Falle einer Auslandsbehandlung informieren können. Darüber hinaus soll ein europaweiter Wettbewerb im Gesundheitswesen zu einer Kostenreduzierung und einer Verbesserung der Qualität von Gesundheitsleistungen führen. Bewohner von Grenzregionen, die ihre medizinische Versorgung an einem möglichst nahegelegenen Ort erhalten möchten, sowie solche Patienten, die an seltenen Krankheiten leiden, werden besonders von der Vereinfachung der Verfahren profitieren.

Der Präsident des Europäischen Parlaments Jerzy Buzek (EVP) begrüßte die neue Richtlinie: „Heute ist ein großer Tag für alle Bürger Europas, die an der besten und am schnellsten verfügbaren Gesundheitsversorgung in Europa interessiert sind. Patienten werden im bürokratischen Dschungel der vielen verschiedenen Gesundheitssysteme nicht länger auf sich allein gestellt sein, wenn sie sich für eine Behandlung in einem anderen EU-Mitgliedstaat entscheiden.“

[Pressemitteilung des Europäischen Parlaments](#)

[Informationen der Europäischen Kommission](#)

#### **4. Mehr Effizienz im europäischen Vergaberecht**



Ende Januar veröffentlichte die Europäische Kommission das neue Grünbuch zum Europäischen Vergaberecht. Das Papier soll einen öffentlichen Diskussionsprozess darüber in Gang setzen, wie das öffentliche Auftragswesen moderner und effizienter gestaltet werden kann.

Jährlich werden in der Europäischen Union rund 2.000 Milliarden Euro an öffentlichen Auftragsgeldern ausgegeben. Damit diese Mittel tatsächlich effektiv genutzt werden, will die Kommission die Vorschriften, Instrumente und Methoden der öffentlichen Auftragsvergabe transparenter gestalten und mehr Wettbewerb im Vergabeverfahren etablieren. EU-Kommissar Michel Barnier, zuständig für Binnenmarkt

und Dienstleistungen, hofft, vor allem den zahlreichen europäischen Unternehmen mit der Reform das Leben zu erleichtern: „Verbesserung des Zugangs kleinerer Unternehmen zu den Beschaffungsmärkten, Bürokratieabbau, Förderung der grenzüberschreitenden Auftragsvergabe in Europa – all dies sind Aspekte, die während der Konsultation im Fokus stehen werden“, so der Kommissar. Zusätzlich sollen soziale und umweltpolitische Ziele, wie z.B. Arbeitsplatzschaffung, Innovation und Energieeffizienz, stärkere Berücksichtigung finden. Interessierte und betroffene gesellschaftliche Gruppen können ab sofort Diskussionsbeiträge und Verbesserungsvorschläge einreichen.

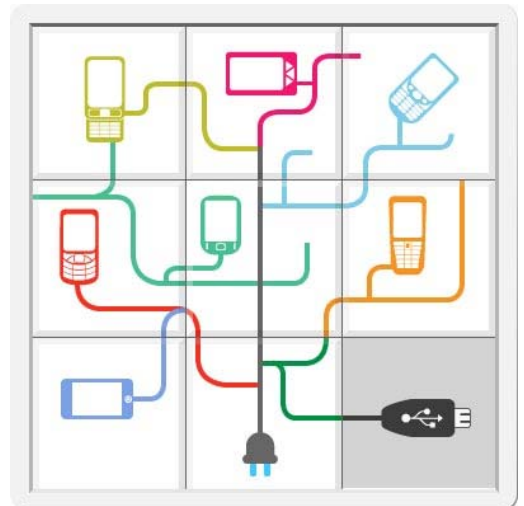
[Bürgerinfo zum Konsultationsprozess](#)

[Infoseite der Europäischen Kommission](#)

## **5. „One Charger for all“ – Künftig braucht jeder Haushalt nur noch ein Handyladegerät**

Am vergangenen Dienstag hat die Europäische Kommission in Brüssel ein neues Ladegerät präsentiert, das fortan für datenfähige Handys aller Marken genutzt werden kann. Der neue Universalstecker wurde in den vergangenen Monaten in Zusammenarbeit von 14 führenden Handyherstellern und der Kommission entwickelt und soll die rund 30 verschiedenen Typen, die derzeit in der EU in Umlauf sind, nach und nach ersetzen.

Das ist nicht nur eine gute Nachricht für die europäischen Verbraucher, sondern auch ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz. 51 000 Tonnen Elektroabfall werden jährlich in der EU durch alte Handyladegeräte verursacht. Grund dafür ist nicht nur die hohe Typenanzahl, sondern auch die Tatsache, dass bisher beim Kauf eines neuen Mobiltelefons das entsprechende Ladegerät gleich mitgeliefert wurde, sodass inzwischen beinahe jeder EU-Haushalt über eine Sammlung unnützer Altgeräte verfügt. Um dem ein Ende zu setzen, hatte die EU-Kommission den Handy-Herstellern im März 2009 ein Ultimatum gestellt, sich im Rahmen der EU-weiten Harmonisierung von Produktstandards auf gemeinsame Normen für Ladegeräte zu einigen. Durch die Veröffentlichung dieser Normen im Dezember 2010 können die Handyhersteller nun die erforderlichen Veränderungen beim Bau der neuen Ladegeräte vornehmen, deren Kompatibilität auf Basis eines Mikro-USB-Steckers gewährleistet werden soll.



"Wir warten nun darauf, dass die neuen Ladegeräte und kompatiblen Handys in die Läden kommen", sagte der für Unternehmen und Industrie zuständige Kommissionsvizepräsident Antonio Tajani. "Ich appelliere an die Industrie, die Markteinführung zu beschleunigen, damit die Bürger überall in der EU so bald wie möglich von den Vorteilen eines gemeinsamen Ladegerätes profitieren können".

[Infoseite der Europäischen Kommission "One-Charger-for-all"](#)